

18. Wahlperiode

## Antrag

der AfD-Fraktion

### **Keine Gesinnungskontrolle bei Kita-Eltern – Verwendung und Verbreitung der Broschüre „Ene, mene, muh – und raus bist du!“ der Amadeu-Antonio-Stiftung in staatlichen Kitas untersagen!**

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, staatlichen Kindertagesstätten in Berlin jegliche Verwendung und Verbreitung der Broschüre der Amadeu-Antonio-Stiftung „Ene, mene, muh – und raus bist du!“ zu untersagen.

#### ***Begründung:***

Die Broschüre „Ene, mene, muh – und raus bist du!“ erhebt den Anspruch die „frühkindliche Bildung demokratisch zu gestalten und an Kinderrechten zu orientieren“. Stattdessen leitet sie Erzieher dazu an, die politische Gesinnung der Eltern zu kontrollieren. Die Broschüre nimmt dabei absurde Indizien zum Anlass, um auf etwaige rechtsextreme Gesinnungen der Eltern zu schließen. Darunter fallen „traditionelle Geschlechterrollen in den Erziehungsstilen“, die sich u.a. darin äußern sollen, dass Mädchen „Kleider und Zöpfe“ tragen, zu Hause „zu Haus- und Handarbeiten angeleitet“ und Jungen „stark körperlich gefordert und gedrillt“ werden. Die Broschüre gibt vor, gegen Vorurteile vorzugehen, faktisch produziert sie selbst eine Vorurteilsstruktur.

Heinz-Peter Meidinger, Präsident des Deutschen Lehrerverbandes, kritisierte die Broschüre dementsprechend mit den Worten: „Hier wird zu einer Gesinnungsschnüffelei aufgerufen“. Mit fragwürdigen Kategorien werde ein „völkischer Typus“ kreiert, „das ist abstoßend, kontraproduktiv und entbehrt jeder wissenschaftlichen Grundlage“.

Die Broschüre stellt Eltern unter Generalverdacht und maßt sich an, Weltanschauungen aus dem demokratischen Spektrum abzuqualifizieren. Dies zeigt sich beispielsweise durch die These, dass Eltern, die sie sich gegen „Genderwahn“ und „Frühsexualisierung“ aussprechen, als mutmaßliche Rechtsextremisten anzusehen sind.

Die Broschüre beschränkt sich zudem auf die Identifizierung vermeintlicher rechtsextremer Gesinnung. In Berlin sind Kinderehen und Kopftuchzwang ebenso reale Probleme, wie eine große linksextreme Szene, für deren Gewaltpotential Dauerbrennpunkte wie die „Rigaer 94“ längst symbolisch geworden sind. Islamistische und linksextreme Gesinnungen werden in der Broschüre dennoch völlig ausgeblendet. Damit sind nicht nur die formulierten Indizien absurd, sondern die Betrachtung von Extremismus ist hier prinzipiell einseitig und unehrlich.

Erzieher haben den Auftrag unsere Kinder zu betreuen und in der frühkindlichen Bildung zu fördern. Die politische Gesinnung der Eltern zu kontrollieren oder gar zu korrigieren ist nicht Aufgabe der Erzieher und in Sonderheit nicht anhand einer staatlich bewilligten Anleitung zur Ausspionierung der Eltern, die Vorurteile gegen traditionelle Familien und Erziehungsmethoden schürt. Mit der Broschüre wird ungerechtfertigten Eingriffen in die Meinungsfreiheit und die Privatsphäre der Boden bereitet.

Aus den genannten Gründen ist der Senat aufzufordern, die Broschüre als Informationsmaterial für staatliche Berliner Kindertagesstätten zurückzuweisen und deren Verwendung zu unterbinden.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 31. März 2019 zu berichten.

Berlin, den 4. Dezember 2018

Pazderski Kerker Tabor Weiß  
und die übrigen Mitglieder der AfD-Fraktion